

Instagram, Google & co: regulieren aber wie?

Estelle Pannatier, AlgorithmWatch CH

Rahel Estermann, Digitale Gesellschaft

 **DIGITALE
GESELLSCHAFT**



ALGORITHM
WATCH / CH

Warum regulieren?

Wegen angeblicher Zensur

USA: Einreiseverbot gegen fünf Europäer – EU droht mit Vergeltung

Das US-Aussenministerium hatte am Dienstagabend Einreise- und Aufenthaltsverbote in den USA gegen insgesamt fünf Betroffene ausgesprochen.

Mittwoch, 24.12.2025, 04:32 Uhr
Aktualisiert um 20:42 Uhr

TEILEN

Das ist passiert: Das US-Ministerium erklärte, dass die betroffenen Personen «radikale Aktivisten» seien und Nichtregierungsorganisationen «instrumentalisierten», die Zensurmassnahmen durch ausländische Staaten vorantrieben hätten. Die fünf Personen sollen demnach versucht haben, US-Plattformen zu zwingen, «amerikanische Standpunkte» zu unterdrücken, die sie ablehnten. US-Aussenminister Marco Rubio schrieb auf X, die US-Regierung werde «exterritoriale Zensur» nicht länger tolerieren und Einreiseverbote gegen «führende Persönlichkeiten des globalen Zensur-Industrie-Komplexes» einführen.

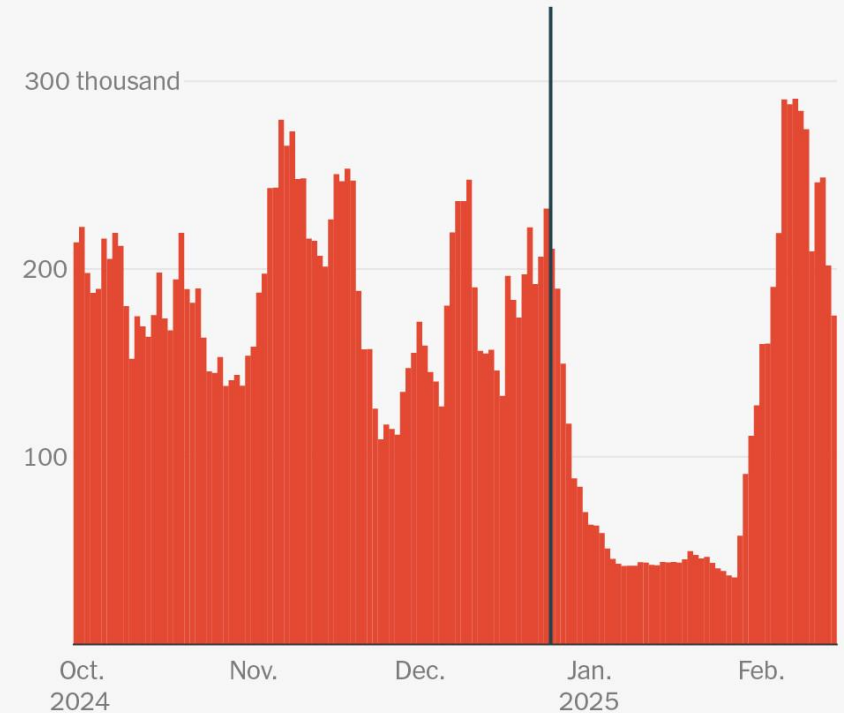


Warum regulieren?

Laura Loomer, a far-right influencer, has branded herself as an unflinching ally of Trump. But things changed when she turned her sights on Musk, writing that he was “exposed” over his support for the visa programs.

Average daily views on X

Feud with Musk



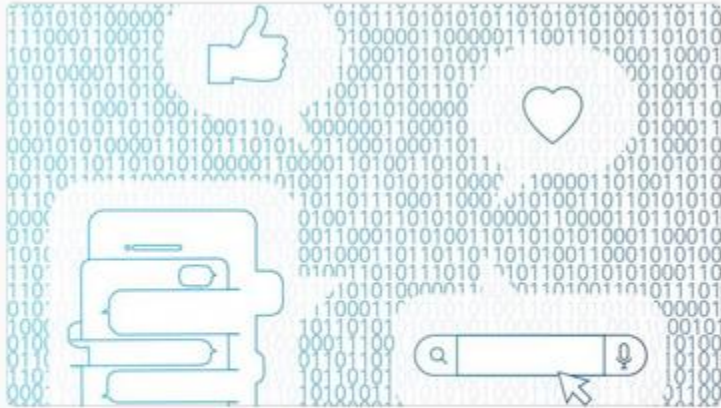
Note: Five-day moving average.

Source: X

Where we come from



Where we come from



16. APRIL 2025

Bundesrat knickt ein vor Trump, Musk & Co.

MEDIENMITTLUNG

/ Social Media und Suchmaschinen: Breite Allianz fordert Bundesrat zum Handeln auf

Persönlichkeiten und Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik fordern den Bundesrat in einem offenen Brief auf, die Regulierung von Online-Plattformen wie Instagram, X oder Google nicht weiter zu verzögern.

POSITION 7. MAI 2025 LIRE EN FRANÇAIS #ONLINEPLATFORMS



Das Gesetz

Medienmitteilung | Veröffentlicht am 29. Oktober 2025

Neues Gesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen: Start der Vernehmlassung

Bern, 29.10.2025 — Der Bundesrat will die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer im digitalen Raum stärken und sehr grosse Kommunikationsplattformen sowie Suchmaschinen zu mehr Fairness und Transparenz verpflichten. Mit einem neuen Gesetz sollen zentrale Regeln für Dienste wie Facebook, X, TikTok oder Google gesetzlich verankert werden. Dies hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 29. Oktober 2025 entschieden. Interessierte Kreise können bis am 16. Februar 2026 zur Vorlage Stellung nehmen.

Unsere Einschätzung

Eröffnung Vernehmlassung zur Plattformregulierung

PLATTFORMREGULIERUNG: DER SPÄTE UND ZAHME AUFBRUCH DES BUNDESRATS



Der Bundesrat gibt endlich die Vorlage zur Regulierung von Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen in die Vernehmlassung. Ein erster Blick in die Vorlage zeigt, dass sie wichtige Fortschritte wie Moderations- und Beschwerdeverfahren oder Zustelldomizile bringt. Sie ist in vielen Punkten aber zu zahn; so bei der Regulierung der Werbung auf Plattformen sowie bei Massnahmen gegen gesamtgesellschaftliche Risiken. Auch die Herausforderungen bei Suchmaschinen sind nicht genügend adressiert.

MEDIENMITTEILUNG

✓ Social Media und Suchmaschinen regulieren: Chance jetzt nutzen

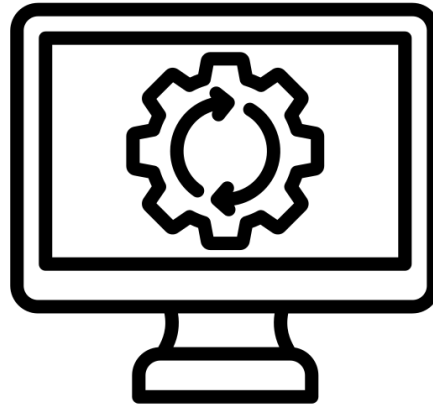
AlgorithmWatch CH und weitere digitalpolitische Organisationen bekennen sich klar zum bundesrätlichen Gesetzesvorschlag zur Regulierung von Social Media und Suchmaschinen, der derzeit in der Vernehmlassung ist. Dieser bietet eine zentrale Chance, um Grundrechte und Demokratie auch online zu schützen und die Tech-Konzerne hinter den Plattformen zur Verantwortung zu ziehen. Für eine wirkungsvolle Regulierung sollte der Gesetzesentwurf zudem um entscheidende Punkte ergänzt werden.



Was gut ist



Pflicht Risikoeinschätzung



Transparenz
Empfehlungssysteme und
Moderationsentscheide

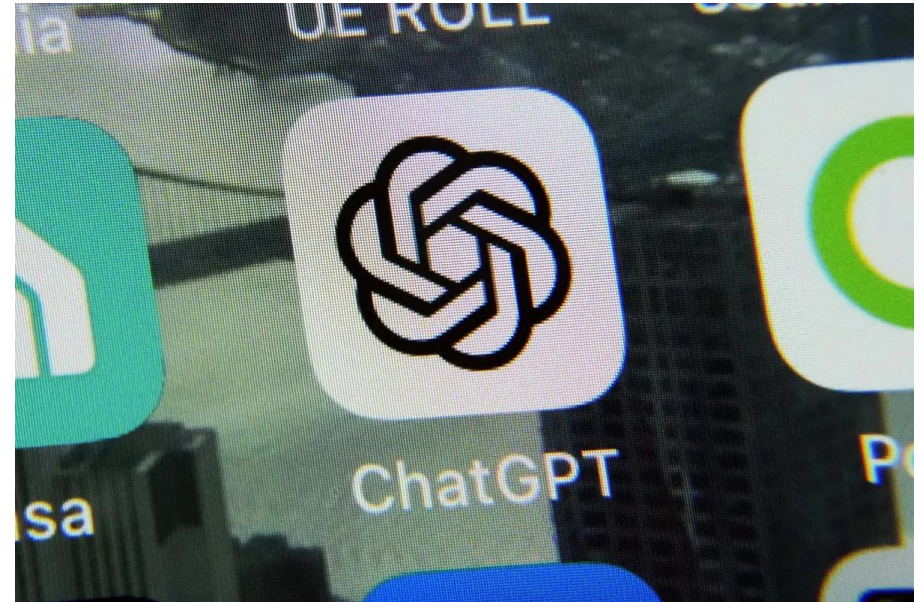


Zugang zu Daten für
Forschende aus
Universitäten und
Zivilgesellschaft

Was fehlt – KI-Anwendungen



Foto: Matthias Schüssler/Screenshot Google



Richard Drew / AP

Was fehlt – Risikominderung



Bericht

- Laut TikTok-Bericht waren zwischen September und Dezember 2024 in Rumänien mehrere Desinformationsnetzwerke aktiv. Das größte umfasste über 27.000 Fake-Accounts (Profile, die falsche Identitäten vortäuschten).
- TikTok gibt an, Millionen falscher Likes und Follow-Anfragen entfernt bzw. verhindert zu haben. Zudem habe man knapp 5.500 wahlbezogene Inhalte entfernt, die Desinformation, Hass und Beleidigungen beinhalteten hätten.
- Bezahlte politische Werbung ist auf TikTok verboten. Zudem verpflichtet der Digital Services Act (DSA) der EU soziale Netzwerke, die Verbreitung illegaler Inhalte zu verhindern und Risiken für Wahlen zu verringern.

Screenshot Bundeszentrale Politische
Bildung (Bericht vom 15.04.2025)

Was fehlt – Risikominderung



Bericht

- Laut TikTok-Bericht waren zwischen September und Dezember 2024 in Rumänien mehrere Desinformationsnetzwerke aktiv. Das größte umfasste über 27.000 Fake-Accounts (Profile, die falsche Identitäten vortäuschten).
- TikTok gibt an, Millionen falscher Likes und Follow-Anfragen entfernt bzw. verhindert zu haben. Zudem habe man knapp 5.500 wahlbezogene Inhalte entfernt, die Desinformation, Hass und Beleidigungen beinhaltet hätten.
- Bezahlte politische Werbung ist auf TikTok verboten. Zudem verpflichtet der Digital Services Act (DSA) der EU soziale Netzwerke, die Verbreitung illegaler Inhalte zu verhindern und Risiken für Wahlen zu verringern.

← in der Schweiz auch möglich

← in der Schweiz auch möglich

← gemäss KomPG nicht möglich

Screenshot Bundeszentrale Politische
Bildung (Bericht vom 15.04.2025)

Was fehlt – Jugendschutz

Facebook, Instagram, Tiktok: Wie der Bundesrat den Jugendschutz abblockte

Die Regierung will die grossen Online-Plattformen regulieren. Ein bisschen zumindest. Interne Dokumente zeigen, wie dabei griffige Massnahmen zum Schutz von Minderjährigen unter den Tisch fielen.

Simon Marti 20.12.2025, 21.45 Uhr ⌚ 5 Leseminuten

▶ Hören 7:23

☰ Zusammenfassung

📤 Teilen

🔖 Merken

NZZ

Was fehlt – personalisierte Werbung



Daria Nepriakhina via Unsplash

**... vor allem die
Plattformen!**

Was fehlt – breiterer Datenzugang

POLICY PAPER

Was Forschende jetzt brauchen, um Plattformen zu untersuchen

Wie das Recht auf Datenzugang nach dem Digital Services Act in kommender Gesetzgebung genau ausgestaltet werden sollte, legen wir in einem neuen Policy Paper dar.

POSITION 12. OKTOBER 2023 #DSA #EU #GERMANY #PUBLICSPHERE



Was fehlt – Sanktionen Personen

Nicht nur die Firma haftet, sondern auch der Chef ...

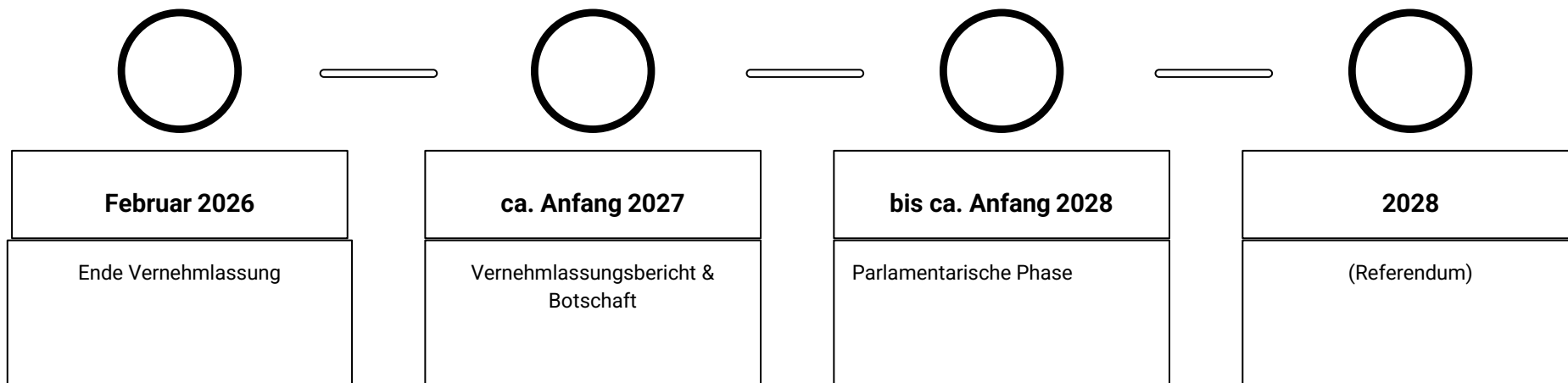
... statt Netzsperrern des BAKOM zulasten der Grundrechte aller.

Was fehlt – Umfassende Strategie



AlgorithmWatch CH

Nächste Schritte



KI-Regulierung

Es braucht uns



The New York Times